



Unter anderem mit Plakaten am Hotel Westfalia kämpft eine Anwohnerinitiative gegen die von einer anderen Initiative angeschobenen Umbenennung.

**Bremen**

🕒 3 min.

Das Ortsamt ist wieder am Zug

## Senat verlangt Anwohnerbeteiligung bei Umbenennung

Bürger sollen über neuen Namen für Langemarckstraße abstimmen

*Timo Thalmann*

**Bremen.** Die Umbenennung der Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee ist durch den aktuellen Beschluss des Senats an diesem Dienstag zwar nicht vom Tisch, aber mutmaßlich wieder etwas unwahrscheinlicher geworden. Denn der Senat folgt den bisherigen ausschließlich zustimmenden Beschlüssen des Neustädter Beirats sowie der Verkehrsdeputation nur unter der Maßgabe einer ordentlichen Beteiligung der Anlieger.

Die dafür zuständige Behörde ist aus Sicht des Senats das Ortsamt, dem er nun indirekt aufgetragen hat, diese Beteiligung zu organisieren und die Ergebnisse nachzureichen. Jedenfalls ergibt sich das aus dem aktuellen

Beschluss. Erst danach dürfte die Senatsrunde erneut und endgültig über die Umbenennung entscheiden.

Damit knüpft der aktuelle Senat an einen Beschluss seiner Vorgänger aus dem Jahr 1965 an, wonach Straßen unter Beteiligung und mit Einverständnis aller betroffenen Anlieger ausnahmsweise umbenannt werden können, wenn es dafür übergeordnete Gründe gibt. Er folgt damit zugleich einer vielfach vorgebrachten Kritik einer Anwohnerinitiative, die genau diese Beteiligung auch mit Verweis auf den alten Senatsbeschluss eingefordert hat. Eine Petition an die Bürgerschaft mit zuletzt mehr als 1500 Unterschriften unterstreicht das Anliegen.

Bislang gelang unter dieser Voraussetzung nur selten eine Umbenennung. So sollten ab 2004 beispielsweise zahlreiche Straßen wieder ihre ursprüngliche Bezeichnung erhalten, die ihnen zwischen 1933 und 1938 durch die Nazis genommen wurde. Betroffen waren unter anderem in Lesum die Sinaistraße (seitdem An Smidts Park) und in Gröpelingen die Michael-, die Uriel- und die Raphaelstraße (seitdem Driftsether-, Uthleder- und Adelstedter Straße). Alle Straßen heißen aber aufgrund negativer Anliegervoten bis heute so, wie die braunen Machthaber sie genannt haben. In Lesum wurde 2015 allerdings eine aus anderen Gründen unumgänglich gewordene Umbenennung eines Teilstücks der alten Sinaistraße dafür genutzt, den ursprünglichen Namen wiederherzustellen.

In zwei Fällen setzten sich Beirat und Senat allerdings über die ablehnenden Abstimmungen der Anwohner hinweg. Die von den Nazis zur Eupener Straße erklärte Verbindung in Schwachhausen wurde 2005 in Emanuelstraße zurück umbenannt, aus der Hindenburgallee wurde bereits 1977 die Konrad-Adenauer-Allee.

Der Senat wich im letzteren Fall von seinen 1965 formulierten Grundsätzen ab, um einer beabsichtigten Ehrung des verstorbenen Bundeskanzlers Ausdruck zu verleihen. Das schon 1972 formulierte Ziel, eine repräsentative Straße nach Konrad Adenauer zu benennen, konnte mangels neu gebauter Straßen fünf Jahre lang nicht verwirklicht werden. So entschloss man sich doch zur Umbenennung einer bestehenden Allee. Was aus Sicht des Senats als gutes Argument hinzukam: Es gab und gibt noch eine Hindenburgstraße in Lesum und doppelte Straßennamen sind aus vielerlei Gründen ebenfalls unerwünscht.

Weil Ortsbeiräte und Senat letztlich also nicht an die Abstimmungen der Anlieger gebunden sind, können Umbenennungen auch gegen den Willen der Anwohner erfolgen, aber das ist historisch betrachtet die Ausnahme. Unabhängig davon sind die Anlieger aber immer zu beteiligen - das ist aus Sicht des Senats im Fall der Langemarckstraße bislang offenbar unterblieben. Das Thema liegt damit wieder beim Ortsamt der Neustadt.